

FREIWIRTSCHAFT

Nr. 76 Juli/August 2016

Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche

Liebe freiwirtschaftlichen Freundinnen und Freunde,

der vorliegende Rundbrief sollte eigentlich wieder gefüllt sein mit interessanten, aktuellen Beiträgen aus dem freiwirtschaftlichen Umfeld, wie wir das in den letzten Jahren gewöhnt waren. Aus der Feder von Georg Kausch, trefflich recherchiert und kommentiert und mit dem nötigen Nachdruck versehen.

Leider werden wir künftig auf seine Beiträge verzichten müssen, da Georg Kausch kurz nach seiner Teilnahme am jährlichen Mitgliedertreffen in der Freimühle verstorben ist. Ein überzeugter Freiwirt mit viel Kampfgeist für die Sache hat sein Ziel erreicht. Wir werden ihm ein stetes Andenken bewahren und den Kampf für eine bessere Welt in seinem Sinne fortsetzen.

Da uns mit Georg Kausch die Hauptquelle der Rundbriefe verloren gegangen ist, bitte ich um Nachsicht, dass ich in dieser Ausgabe auf Texte zurückgreife, die bislang aus Platzgründen noch nicht publiziert wurden.

Michael Musil



Nachruf für unseren Freund, den Bergbauingenieur, Landwirt in Australien und Historiker

GEORG KAUSCH, geboren am 18. Juni 1927 in Gumbinnen, Ostpreußen, ist völlig unerwartet gestorben am 1. Aug. 2016 in Görwihl/ Schwarzwald mit 89 Jahren

Liebe Freunde der Deutschen Freiwirtschaft e.V. und der Germanischen Heilkunde, Wir müssen Abschied nehmen von einem bedeutenden Menschen unseres Volkes, dem Vorsitzenden Mentor des Deutschen Freiwirtschaftsbundes und Mitglied Anhänger der Germanischen Heilkunde.

Ein bewegteres Leben als das von unserem Freund Georg Kausch kann man sich kaum vorstellen. Er wuchs auf in Gumbinnen in Ostpreußen.

Seine ein Jahr jüngere Schwester starb auf der Flucht auf sehr tragische Art und Weise, was Mutter und Tante leider in den Freitod trieb.

Georgs Vater, ehemaliges Wehrmachtmitglied verschlug es nach dem Krieg nach Schleswig-Holstein. Georg war als Soldat noch im April 1945 in Berlin, wo er sich unter Lebensgefahr nach Schleswig-Holstein durchschlug und dort seinen Vater wiedersah, der in einer winzigen Baracke untergebracht war.

Nach Kriegsende suchte er sich Arbeit in Duisburg, wo er u. a. auch die Bergbauschule in Hamborn besuchte und erfolgreich als "Bergbauingenieur" abschloß. Dort könnten wir uns über den Weg gelaufen sein.

Er heiratete seine Frau Hanna in Hamburg, die ihm, wie er immer sagte, „zugelaufen“ sei.

Mit ihr wanderte er dann Anfang der 60er Jahren nach Australien aus.

Seine Ehe blieb leider kinderlos und wurde nach 11 Jahren geschieden.

Auch seine danach 35 jährige Partnerschaft mit der Krankenschwester Evelyn (sie hatte bereits eine Tochter) war das gleiche Schicksal beschieden.

Er starb völlig allein ohne Verwandtschaft.

Georg war ein hochgeistiger, brillanter Denker und übernahm nach dem Tod von Hermann Benjes 2007 das Lektorat des Freiwirtschaftlichen Rundbriefes nach den Grundsätzen von Silvio Gesell. Seine Rundbriefe werden uns bleibend in Erinnerung bleiben.

Ein Denkmal hat er sich gesetzt als Historiker mit seinem Buch "Die unbequeme Nation", das er 1995, also mit 69 verfaßte und dann im Freiwirtschaftsbund veröffentlichte.

Im Wirtschaftssystem der Germanen, bei denen Grund und Boden Gemeinbesitz war, fand er die Grundsätze verwirklicht, die er später bei Silvio Gesell wiederfand. Er schreibt:

Die deutsche Nation besaß vor dem Kampf mit dem Priestertum eine eigene, naturgemäße Wirtschaftsordnung. Sie gilt es in moderner Form wieder herzustellen, damit der Mensch gedeihen und sich weiter entwickeln kann.

Georg hatte mit 89 noch ein geradezu unerschöpfliches Gedächtnis und einen geradezu unstillbaren Tatendrang. Sein zweites Interessengebiet wurde am Ende seines Lebens die Germanische Heilkunde.

Er schrieb in meinem Buch "Mein Studentenmädchen", 2. Auflage einen bemerkenswerten Geburtstagsgruß von historischer Bedeutung zu meinem 80. Geburtstag.

2015 erlitt Georg einen Myokardinfarkt, als eine Österreicherin die versprochene Reise nach Australien kurzfristig absagte. Aber eine junge Deutsche übernahm kurzfristig Georgs Pflege in Australien und so überlebte er den ersten Myokardinfarkt.

Den Myokardinfarkt hatte er zwar überlebt, aber keineswegs ausgeheilt. Und so klug Georg auf geistigem Gebiet war, so leichtsinnig ging er trotz vielfacher Warnungen mit seiner Gesundheit um. Da ließ er sich einfach nichts sagen und stolperte blind in sein Verderben, was leider den Tod bewirkte.

Man mag sagen, Georg sei ja schließlich 89 Jahre alt geworden, aber er hätte gut 100 Jahre alt werden können, wenn er auf meine vielen Warnungen gehört hätte.

Irgendwann sterben wir alle mal. Bei Georg haben wir alles quasi kommen sehen und konnten ihm doch nicht helfen. Aber auch, wenn wir ihm in Deutschland noch hätten helfen können, hatte er schon seinen nächsten Myokardinfarkt für Australien vorprogrammiert in gleicher Sache, bzw. Person.

Wir alle verlieren in Georg einen Freund und wunderbaren Menschen, den wir alle schätzen und lieb gewonnen haben – so wie er war.

Ehre seinem Andenken!

Dein Freund Geerd und alle Deine Freunde von der Freiwirtschaft und der Germanischen Heilkunde. Ein besonderer Gruß von Figara,

Du fehlst uns allen sehr.

Dr. Geerd Hamer / Norwegen

*

Alle Rundbriefe sind archiviert

Die Rundbriefe, deren Ursprung auf Hermann Benjes zurück führt – die ersten wurden von ihm noch in Bickenbach verfasst, Nr. 1 erschien am 8.7. 2003 – sind allesamt im Internet archiviert. Unter der Adresse <http://www.freiwirte.de/rbriefe/inhalt.htm> kann man sich die Rundbriefe ansehen und auch herunterladen.

Die unbequeme Nation

Das bemerkenswerte Buch von Georg Kausch ist auch weiterhin zu bekommen. Als gebundene Ausgabe über den Deutschen Freiwirtschaftsbund gegen eine Spende von 20,- Euro, im Buchhandel unter der ISBN-Nr 978-3-00-028498-4 oder als e-book bei amazon mit der webadresse https://www.amazon.de/Die-unbequeme-Nation-Wirtschafts--Religionskrieg/dp/3000284982/ref=sr_1_1?ie=UTF8&qid=1434387620&sr=8-1&keywords=Kausch%2C+Die+unbequeme+Nation

Entstehung und Wachstum großer Vermögen

von Egon W. Kreuzer

Vermögen - in welcher Form auch immer - ist in unserer Gesellschaft eine Auszeichnung. Vermögende werden geehrt, hofiert, bewundert - und gerne auch als Vorbilder hingestellt.

Ideenreichtum, unermüdlicher Arbeitseifer, grandiose Aufbauleistung, das sind die Etiketten, die außen am Vermögen prangen und nach wie vor suggerieren, jeder hätte die gleiche Chance, nur nicht jeder nutze sie, sei es wegen fehlender Intelligenz, sei es wegen Faulheit oder auch nur wegen mangelnden Ehrgeizes.

Ich werde mit diesem Aufsatz darlegen, dass allen großen Vermögen das gleiche Prinzip zugrunde liegt, nämlich das

"Prinzip der nicht leistungsadäquaten Einkünfte"

Den Begriff "nicht leistungsadäquate Einkünfte" habe ich vor einigen Jahren geprägt und seitdem konsequent verwendet, weil mir klar wurde, dass die bis dahin weit verbreitete Rede von den "leistungslosen Einkommen" fehlerhaft ist.

Selbst wenn die Leistung des Einkommensbeziehers nur im Abheften von Kontoauszügen und Zinsgutschriften besteht, im Vergleich zum erzielten Einkommen also vernachlässigbar erscheint: Es ist eine Leistung. Ob das Einkommen dieser Leistung entspricht, das steht auf einem ganz anderen Blatt.

Die meisten Superreichen tun allerdings einiges mehr, um ihr Vermögen zu erhalten und zu mehren. Sie knüpfen Verbindungen, treffen Verabredungen, horchen auf die Märkte - und veranlassen dann ihre Transaktionen. Sie treffen Entscheidungen. Entscheidungen, die zwar oft von excellenten Beratern vorbereitet werden, die aber dennoch stets auch ein Risiko bergen.

Sie verbringen gelegentlich schlaflose Nächte beim Ausbrüten neuer Strategien, wägen Chancen und Risiken von Geschäften gegeneinander ab, stellen Mitarbeiter ein und beauftragen Experten mit Expertisen.

Sie sitzen in Aufsichtsräten und stellen in dieser Funktion die Weichen für große Unternehmen und für große Deals. Die Fleißigsten unter ihnen mögen gut und gerne so viel leisten, wie ein gut bezahlter Abteilungsleiter oder Bereichsdirektor in einem der von ihnen beherrschten Unternehmen - doch mehr geht nicht.

Jeder Tag hat nur 24 Stunden. Jede Woche 7 Tage ...

Jeder Mensch hat nur fünf Sinne, nur ein Gehirn, nur zwei Arme ...

Der Unterschied liegt darin, dass die einen in ihren privaten Unternehmungen Milliarden bewegen und dabei Millionengewinne einfahren - während die anderen sich mit Gehältern im unteren bis mittleren sechsstelligen Euro-Bereich zufrieden geben müssen, weil sie ihr Wissen und ihre Fähigkeiten - mangels eigenen Vermögens - immer nur im Dienste anderer einsetzen können.

Während also die Einkommen der gut bezahlten Manager einigermaßen mit ihrer Leistung in Einklang gebracht werden können (... und die meisten gut bezahlten Mitarbeiter in Führungspositionen sind besser ausgebildet, können analytischer denken, schneller und besser entscheiden, sonst hätten sie es nie in diese Position geschafft ...), sind die weit höheren Einkommen von echten Großinvestoren, großen Geldanlegern und Großspekulanten nicht mehr leistungsadäquat. Ihre exorbitante Höhe ist einzig dem bereits vorhandenen Vermögen, dem

"Spielgeld" zuzurechnen.

Das ist besonders auch daran zu erkennen, dass ihr Einkommen nicht einer Leistung entspringt, dass sie selbst nichts herstellen, was im Sinne eines arbeitsteiligen Wirtschaftens für andere nutzbar wäre, sondern dass dieses Einkommen, ganz im Gegenteil, nur dadurch entsteht, dass sie anderen Teile des Wertes ihrer Leistung "wegnehmen". Sei es durch zu niedrige Löhne, durch zu hohe Preise oder schlicht und einfach durch Zinsforderungen ...

Wie entsteht nun Vermögen, was ist der Ursprung nicht leistungsadäquater Einkommen?

Hier muss ich mit Gemeinplätzen beginnen, um in Erinnerung zu rufen, was bei allem Wachstumsgeschrei immer wieder vergessen wird:

Der Planet Erde ist, was Produktion, Handel und Konsum betrifft, nach wie vor ein geschlossenes System.

Was auf der Erde produziert wird, wird auch auf der Erde verkonsumiert. (Die Besatzung der ISS, die ja nur knapp 400 km über der Erdoberfläche kreist, darf da durchaus mitgerechnet werden.)

Was auf der Erde verkauft wird, muss mit irdischen Zahlungsmitteln bezahlt werden.

Daraus ergibt sich zwangsläufig das Problem der "Markträumung".

Güter und Waren, sowie Dienstleistungen, die auf dem "irdischen Markt" angeboten werden, können nicht abgesetzt werden, wenn deren Wert in Verkaufspreisen höher ist als die Menge der auf Erden frei verfügbaren Zahlungsmittel.

Es wären in diesem Zusammenhang zweifellos noch weitere Einflussfaktoren zu würdigen, die insbesondere im Wettbewerb der Anbieter untereinander wirken und final dazu führen, dass Wettbewerber sich vom Markt zurückziehen, doch dies ist nicht Gegenstand dieser Betrachtung.

Gegenstand dieser Betrachtung ist das Verhältnis zwischen Umsatz und Zahlungsmittelverfügbarkeit. Dieses ist nämlich keineswegs fix, sondern durch einen weiteren Einflussfaktor hochgradig variabel - und das ist die Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel.

Die kann nahe Null liegen, wenn alle ihr Geld zurückhalten und sich nur mit dem Allernotwendigsten versorgen - und sie kann gegen Unendlich streben (das ist natürlich übertrieben!), wenn alle jeden Cent, den sie einnehmen, im nächsten Augenblick schon wieder ausgeben.

Grundsätzlich gilt:

Die Zurückhaltung von Zahlungsmitteln, gemeinhin als Sparen bezeichnet, führt zu einer Minderung der frei verfügbaren Zahlungsmittelmenge, schwächt also primär die Nachfrage - und in der Folge, mangels Nachfrage, auch die Anbieterseite.

Unter den speziellen Gegebenheiten im Hier und Jetzt ist eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel, die den durch "Sparen" hervorgerufenen Zahlungsmittelmangel ausgleichen könnte, nicht zu erreichen.

Wir haben im Bereich der Konsumenten einen einheitlichen Monatstakt von Gehalts- bzw. Rentenzahlungen, der den Takt von Einnahmen und Ausgaben weitgehend bestimmt - und damit auch die Umsätze des Handels.

Grundsätzlich gilt zudem:

Sparen, im Sinne der Zurückhaltung von Zahlungsmitteln, ist nur denen möglich, deren Einkommen ihre notwendigen Ausgaben übersteigen, die also dem Markt mehr Zahlungsmittel abfordern als sie selbst in den Markt zurückgeben.

Dies kann nur denjenigen in maßgeblichem Umfang gelingen, die über das alleinige Recht verfügen, bestimmte begehrte Waren zu produzieren (Patent- und Lizenzschutzrechte), die Verfügungsgewalt über knappe Güter besitzen (Grund und Boden, Bodenschätze, Geldvermögen), aus dem Wettbewerb als Mono- bzw. Oligopolisten hervorgegangen sind, oder sich durch kriminelle Handlungen bereichern.

Zumeist kommen mehrere dieser Faktoren gleichzeitig zusammen - und natürlich sind es die Anteilseigner oder Alleineigentümer der Unternehmen, die letztlich als Begünstigte dastehen und ihren Überschuss sparen können.

Daraus folgt:

(Geld-)Vermögen entsteht durch die Herstellung und gesamtgesellschaftlich verantwortungslose Ausnutzung von Erpressungspotentialen, die in Eigentums- und Schutzrechten grundsätzlich angelegt sind, und Marktverwerfungen hervorrufen.

Weiter folgt:

Geldvermögen als solches stellt selbst ein erhebliches Erpressungspotential dar, weil die dadurch entstehende Zahlungsmittelknappheit auf den Märkten zwangsläufig dazu führt, dass vorhandene Potentiale nicht ausgeschöpft werden können, ohne sich diese Möglichkeit durch Zinszahlungen zu erkaufen.

Und wo die Grenzlinie zwischen

Vermögen, also Geldüberfluss, auf der einen Seite, und **Geldmangel** auf der anderen Seite

höchst präzise da verläuft, wo auch die Grenze zwischen **Produzenten und Händlern** auf der einen Seite und **abhängig Beschäftigten** auf der anderen Seite verläuft, wird zuerst der Umsatz der Unternehmen bei Zahlungsmittelknappheit zurückgehen, was zu Arbeitsmangel führt. Daraufhin wird - betriebswirtschaftlich vernünftig - versucht, die Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen Unternehmens durch Kürzungen, vor allem beim Preis der Arbeit, also durch Lohnsenkungen (Rationalisierung, Entlassungen, Abbau von Sonder- und Sozialleistungen) wieder herzustellen.

Letztendlich gilt daher:

Jede Steigerung von Unternehmensgewinnen, die nicht im angemessenen Zeitraum wieder in den Markt der Realwirtschaft zurückfließen, sondern in die Ersparnisse wandern, mindert den allgemeinen Wohlstand der Volkswirtschaft.

Erste Zusammenfassung

Große Vermögen entstehen stets durch die gesamtgesellschaftlich verantwortungslose (egoistische) Ausnutzung von Erpressungspotentialen, die eine Störung der Marktgleichgewichte hervorrufen.

Große Vermögen sind zudem selbst Erpressungspotentiale und mindern den allgemeinen Wohlstand.

Wie wird verhindert, dass große Vermögen durch die von ihnen ausgehende Strangulation der Märkte selbst zugrunde gehen?

Parasiten, die einen Wirt befallen, sind genetisch so programmiert, dass sie den Wirt nur in dem Maße schwächen, dass ihr eigenes Überleben zumindest so lange gesichert ist, bis sie selbst oder ihre Nachkommen neue Wirte gefunden haben.

Diese Regel galt auch in den zivilisierten Großkulturen der Feudalreiche. Leibeigene oder Sklaven wurden mit

dem minimal erforderlichen Aufwand möglichst lange am Leben und vor allem arbeitsfähig gehalten. Schließlich waren sie die Quelle aus der sich der Wohlstand und Luxus der Fürsten speiste.

Mit der Auflösung dieser Eigentumsverhältnisse und der Überführung in einzelvertragliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde auch die Verantwortung der Arbeitgeber für ihre Arbeitnehmer aufgelöst.

An deren Stelle trat nun die Verantwortung (bzw. das egoistische Streben) nach Umsatz und Gewinn. Statt aus möglichst vielen Menschen möglichst viel Leistung zu gewinnen, gilt es seitdem, mit möglichst wenigen Mitarbeitern, bei möglichst niedrigen Löhnen und höchstmöglicher Gewinnerwartung, möglichst viel zu produzieren und umzusetzen.

Das hätte über kurz oder lang zu massiven Umsatzrückgängen, zu Massenentlassungen, erneuten Umsatzrückgängen und weiteren Entlassungen führen müssen, wäre es nicht gelungen, die notwendige Kaufkraft, außerhalb der - und über die Lohnzahlung hinaus - in den Markt zu bringen.

Also wurden die Weichen für die weitgehende Kreditfinanzierung des Konsums gestellt. Einerseits übernahm der Staat (freiwillig) über seine Zuschüsse zu den Sozialkassen, über Konjunkturprogramme und Ausweitung des staatlichen Aufgabenspektrums einen Teil der Kaufkrafthaltung, und finanzierte das über eine immer weitere Staatsverschuldung,

andererseits begannen die Versandhändler damit, so sie nur bereits genug Vermögen besaßen, ihre eigenen Ratenkreditbanken zu gründen, was Kaufkraft aus der Verschuldung gerade der ärmeren privaten Haushalte hervorbrachte.

Damit schlug man vier Fliegen mit einer Klappe:

Der Umsatz stieg - und damit der Marktanteil zu Lasten der Konkurrenz,

die keine Ratenzahlungen anbot.

Die Umsatzerlöse standen dem Unternehmen sofort als Liquidität zur Verfügung, denn die Forderung gegen den Ratenkunden hielt die Bank.

Ein Teil der monatlich verfügbaren Kaufkraft der Konsumenten war fest für die Ratenzahlungen gebunden, konnte also nicht mehr anderweitig ausgegeben werden.

Die Zinsen des Ratenkredits flossen als Zusatzgewinn 100%ig der Holding aus Handelsunternehmen und Ratenkreditbank zu.

Dieses Wachstum durch vorgezogenen Konsum wurde später ausgeweitet und gestützt, durch die Einführung von Gehaltskonten und den allgemein verfügbaren Dispo-Kredit.

Die daraufhin sprudelnden Gewinne ermöglichten es den Gewerkschaften, Lohnerhöhungen durchzusetzen, mit deren Hilfe nicht nur die Umsätze bei gleichfalls steigenden Preisen stiegen, sondern auch die Kreditrahmen der Konsumenten - aufgrund höherer Kreditwürdigkeit - ausgeweitet werden konnten.

Selbstverständlich wurde auch die Bautätigkeit angeregt, mit zunächst preiswerten Krediten, bei allmählich steigenden Grundstücks- und Baukosten, was wiederum die Ausweitung der Hypothekenkredite ermöglichte - usw., usw.

Verkürzt dargestellt:

Auf Basis der vorhandenen Vermögen war es leicht, den Zusammenbruch des Marktes durch kreditfinanzierte Umsätze zu vermeiden, ja sogar noch erhebliches Wachs-

tum zu kreieren und zudem den Zinsgewinn aus den Krediten einzustreichen.

Außerdem

konnten durch den forcierten Abbau von Handelsschranken ausländische Märkte erobert werden, oft auch unter Mithilfe inländischer Banken, die gerne und bereitwillig Kredite vergaben.

Mit der Gründung der EU und der Aufnahme immer neuer Mitgliedsländer ergaben sich immer weitere Möglichkeiten, Kredite zu vergeben und damit Umsätze und Gewinne zu kreieren.

Die zunehmende internationalisierung der Konzerne (Wirtschaftsunternehmen und Banken gleichermaßen) gelang die vollständige Entflechtung von Vermögen einerseits und Produktions- bzw. Absatzstandort andererseits.

Der "Internationale Wettbewerb" - als Basiskonzept - ermöglichte es, problemlos im Billiglohnland zu produzieren und in Hochpreisländern zu verkaufen, während Gewinne da ausgewiesen wurden, wo die geringste Steuerlast zu erwarten war.

Die Folge:

Immer mehr Volkswirtschaften mussten in Niedriglohnstandorte umfunktioniert werden. Thatcher, Blair und Schröder waren dabei die Vorreiter in Europa.

Profitiert haben davon die deutsche Exportwirtschaft und der britische Finanzsektor - beide mit einer deutlichen Mehrung der bereits vorhandenen Vermögen. Profitiert haben allerdings auch die Konsumenten in den USA, die Konsumenten vieler, noch nicht "reformierter" europäischer Staaten, sowie weitere Abnehmer in aller Welt, weil sie ihre kreditfinanzierten Importgüter zu jenen "wettbewerbsfähigen Preisen" beschaffen konnten, die durch erzwungenen Lohn- und Konsumverzicht in den exportierenden Niedriglohnparadiesen erst ermöglicht wurden.

Und überall, bei den Exportunternehmen hier und den Import- und Handelsgesellschaften dort, blieben dabei noch reichliche Gewinne übrig, die in Ersparnisse umgewandelt zur Mehrung großer Vermögen führten.

Doch nun ist der Planet Erde, der nach wie vor ein geschlossenes System ist,

praktisch am Ende. Heerscharen von Schuldnern stehen einigen wenigen Vermögenden gegenüber. Doch diese Vermögenden sind ja letztlich nichts anderes als die Gläubiger der Schuldner.

Das Ersparte auf dem Bankkonto ist der Kredit des Vermögenden an die Bank.

Die Bank wiederum versucht mit dem ihr überlassenen Geld Geschäfte zu machen, ein gut Teil davon entfällt auf die eigene Kreditvergabe und auf die Anlage in Schuldverschreibungen aller Art.

In dem Maße, wie nun die Schuldner der Banken - aus dem allgemeinen, deflationären Geldmangel heraus - nicht in der Lage sind, ihre Kredite zu bedienen, in dem Maße schwindet auch die Fähigkeit der Banken, die von den Einlegern erhalten Kredite zu bedienen.

Das ist die Bankenkrise!

Die Vermögen der Banken und ihrer Einleger wurden durch viel zu großzügige und leichtfertige Kreditvergabe an Staaten, Unternehmen und private Haushalte stark beschädigt. Die großen Vermögen stehen zwar in den Büchern, doch das, was ihnen in den Büchern gegenübersteht, ist weniger wert geworden.

Das wurde lange Zeit nicht wahrgenommen. Das Vertrauen in die Währung und die stetige Ausweitung der Gesamtverschuldung ließen das Geld stabil erscheinen.

Doch nun ist das Vertrauen geschwunden, und Vermö-

gen, die nur noch auf dem Papier stehen, werden immer klarer auch als solche wahrgenommen.

Dass diese Vermögen deswegen nichts wert sind, weil ihnen schon bei ihrer Entstehung der Makel anhaftete, dass dafür keine adäquate Leistung erbracht worden war, stört die Vermögenden allerdings nicht. Sie setzen alles daran, den sicher geglaubten Wert zu erhalten, bzw. zurück zu gewinnen.

Hätten die Vermögenden selbst Werte geschaffen und dafür adäquate Einkommen bezogen - und wären die Erlöse aus dieser realen Wertschöpfung zeitnah in den Markt der Realwirtschaft zurückgeflossen, statt in (unsinnig hohe) Ersparnisse zu fließen, dann besäßen sie heute - statt uneinbringlicher Forderungen in gigantischer Höhe - Sachwerte in einem ihrer tatsächlichen Leistung entsprechendem Umfang und könnten sich daran erfreuen.

Doch diese Sachwerte wurden nie produziert, weil die Mittel dafür nicht als Kaufkraft in den Markt gelangten, sondern in das "Ersparte" wanderten und zur Erpressung und Zerstörung der Märkte genutzt wurden. Den großen Vermögen stehen daher auf dem regulären Markt kaum noch Sachwerte gegenüber, die freiwillig zum Verkauf angeboten werden.

Also muss, mit Hilfe des Erpressungspotentials des Vermögens, die Enteignung betrieben werden.

Wie werden die großen Vermögen heute gerettet und immer noch vermehrt?

Der Geldhahn, der lange Zeit weit offen war, um kreditfinanzierte Umsätze zu ermöglichen, ist inzwischen zu.

Das Kapital will die Deflation erzwingen, um in der damit angerichteten Not, wertloses Papier in Sachwerte umzuwandeln.

Wer bei sinkenden Einkommen seine Schulden nicht mehr tilgen kann, muss verkaufen, was er hat - und wird im Zweifelsfall der Zwangsvollstreckung unterworfen.

Das trifft die Staaten, die längst begonnen haben, wie die Verrückten Staatseigentum zu verschleudern, egal, ob es sich um Unternehmen, weite Teile der Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur, um Sozialwohnungen oder um sonstigen Grundbesitz handelt. Überall ist Schlussverkauf: Alles muss raus!

Das trifft aber auch die privaten Haushalte, die sich zuerst vom Ersparten, dann, falls vorhanden, vom Grundbesitz trennen, um am Ende das gute alte Silberbesteck bei Ebay zu versteigern.

Um der Deflation Paroli zu bieten, haben die Notenbanken, gemeinsam mit den Finanzverantwortlichen der Staaten, den wahnwitzigen Plan gefasst, die Tilgung der Staatsschulden aus der Notenpresse zu finanzieren und zugleich die Geldversorgung dadurch einigermaßen aufrecht zu erhalten, dass sie dem Bankensektor in jeder gewünschten Menge ohne hinreichende Sicherheiten Kredit gewähren, so lange die Bilanzen nur einigermaßen so hinfrisiert werden können, dass die Bank gesund erscheint. Dumm nur, dass kein Cent aus Banken- und Euro-Rettung dort hin fließt, wo sich daraus eine realwirtschaftliche Erholung ergeben würde, sondern alles Rettungsgeld auf ziemlich direktem Wege als Tilgungs- und Zinszahlung der Schuldner auf die Konten der Vermögenden fließt, wo es - folgerichtig - verschwunden bleibt.

Zugleich - und das ist massiv kontraproduktiv - haben EU, EZB, die Finanzminister und der Internationale Währungsfonds beschlossen, die Realwirtschaft weiter zu strangulieren, indem - als "Dank" für die Rettung der Ver-

mögen der Vermögenden - überall Sparprogramme aufgelegt werden müssen, die zu nichts anderem führen, als zu einer weiteren Zahlungsmittel-Knappheit in den Kassen der privaten und der öffentlichen Haushalte und damit mit zum Niedergang der Binnenmärkte und zu einer weiteren Beschädigung der Fähigkeit, Zins und Tilgung termingerecht aufzubringen.

So folgt zwangsläufig einen Rettungsmilliarde der anderen.

Das, was sich Politik nennt, spielt damit dem Kapital direkt und ganz offen in die Hände, indem die Deflation auf den Binnenmärkten vorgebracht wird - und gleichzeitig die großen Vermögen durch steten Geldzufluss erhalten werden.

Die Schuldbürger hätten sich keine schönere Währungs- und Finanzpolitik ausdenken können.

Zypern passt scheinbar nicht in dieses Bild.

Blendet man die Realität aus, die es möglich machte, dass weite Teile der bei zyprischen Banken gebunkerten Vermögen rechtzeitig vor der Kontenplünderung außer Landes geschafft werden konnten, stellt man staunend fest, dass hier - erstmals in der Geschichte der aktuellen Krise - tatsächlich ein deutliches Zeichen gesetzt und Vermögen schlicht zusammengestrichen wurden.

Die Furcht - oder die Hoffnung - es könnte nun zur Regel werden, dass große Vermögen schlicht entwertet werden, weil man Banken eben nicht mehr dadurch rettet, dass man die Aktiva mit Luftgeld aufbläst, sondern stattdessen die Passiva zusammenstreicht, um die Bilanz auszugleichen, halte ich solange für nicht ernsthaft gerechtfertigt, wie alle betroffenen und notleidenden Volkswirtschaften mit grausamen Sparprogrammen überzogen werden - wie es ja auch Zypern mit voller Härte trifft.

Ich sehe in der "Zypernlösung" eher ein Signal für eine weitere Vermögensrettung durch die Vorbereitung der Sprengung der Einlagensicherungssysteme und damit die Plünderung des noch einigermaßen gesicherten Mittelstandes.

Mit dem eingefleischten Vorurteil der meisten Westeuropäer gegen russische Oligarchen hat man sogar Sympathie für diese Maßnahme erzeugt.

Dass es in der Hauptsache den zyprischen Mittelstand hart getroffen hat, ist in der nachfolgenden Diskussion weitgehend untergegangen.

Doch wenn es um weiter "Kontenbereinigungen" auch in anderen Staaten gehen wird, wird es wieder um nichts anderes gehen.

Großanleger wissen rechtzeitig, wann sie die Bank wechseln müssen - und dann tun sie es auch. Das Kapital genießt ja weltweite Freizügigkeit.

Der mittelständische Unternehmer, der Handwerksmeister und der Rentner mit seinen Ersparnissen zur Alterssicherung, die erfahren es erst, wenn das Konto geplündert ist, und würden sie es rechtzeitig erfahren, hätten nur die wenigsten eine Chance, ihr Schäfchen noch ins Trockene zu bringen. Dazu braucht man exzellente, um nicht zu sagen "elitäre" Verbindungen.

Die Angriffe, speziell auf die deutschen Einlagensicherungssysteme sind ja nicht neu. Nach dem Wunsch von EU und EZB sollten sie doch längst in den supranationalen Rettungsschirmen untergegangen sein. Das ist so nicht gelungen, nun versucht man es eben mit anderen Mitteln.

Die Beschädigung des Mittelstandes durch massiven Geldentzug, wie am Beispiel Zypern vorexerziert, im Verbund mit massiven, staatlich verordneten Sparprogram-

men, ist nur eine weitere Maßnahme zur Beschleunigung der Deflation.

Allen jenen, die meinen, es gäbe derzeit keine deflationären Erscheinungen, Deflation müsse schließlich mit Preissenkungen einhergehen, und noch hätten wir Inflation, mag ich an dieser Stelle zurufen:

Irrtum!

Deflation findet statt, sobald die Markträumung nicht mehr funktioniert. Wenn die Umsätze der Realwirtschaft im Binnenmarkt schrumpfen und die Zahl der Arbeitslosen wächst, wie es in der gesamten der EU der Fall ist.

Deflation heißt Geldmangel.

Und dass es nicht zu Preissenkungen auf breiter Front kommt, liegt daran, dass der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung eine Phalanx von Mono- und Oligopolisten gegenüber steht, die überhaupt kein Interesse daran haben, ihre Preise zu senken, um mehr umzusetzen.

Die Stromkonzerne freuen sich über jede Kilowattstunde, die der Bürger einspart, denn das ermöglicht es, den zu verkaufenden Strom mit weniger Kraftwerken, also mit geringeren Kosten zu erzeugen - und den Gewinn über dennoch steigende Preise zu halten, bzw. noch zu steigern.

Die Öl- und Gaslieferanten legen ihre Preise nach Belieben fest und kein Kartellamt hatte bisher auch nur den Hauch einer Chance, dagegen vorzugehen.

Die großen Supermarktketten, die den Einzelhandel sowohl im Food- als auch im Nonfood-Bereich dominieren, brauchen an ihren intransparenten Preisen mit ständig wechselnden Lockvogelangeboten nicht zu rühren. Lieber schließt man hier und da eine Filiale und spart damit Kosten - und zieht dafür irgendwo anders die Preisschraube wieder ein bisschen an, bis zu erkennen ist, dass der - aufgrund der begrenzten Kaufkraft - maximal erreichbare Umsatz mit minimalem Einsatz auch erreicht ist.

Die Telekommunikationsanbieter verfahren nicht anders, die Versicherer erhöhen die Prämien oder die Selbstbehalte, beides steigert den Gewinn.

Die Vermieter konzentrieren sich auf die lukrativen Lagen, kaufen aus öffentlichem Besitz zusammen, was zu haben ist, sanieren mehr oder weniger aufwendig und erhöhen die Mieten nach allen Regeln der Kunst.

Die Gesundheitskonzerne sind mit ihren Krankenhäusern in ihren Regionen weitgehend vor Konkurrenz geschützt und nähren sich von Fallpauschalen und blutigen Entlassungen.

Kaputt gehen die Kleinen.

Der letzte Tante-Emma-Laden, der kleine Buchhändler, der Metzger und der Bäcker vor Ort, die noch nicht bereit waren, Lizenzgebühren an eine der großen Ketten abzugeben, auch der Gastronom, der sein Restaurant ein paar Meter hinter der ständig zurückweichenden Wohlstandsgrenze betreibt, sie alle bleiben über kurz oder lang auf der Strecke, weil die großen, omnipotenten und allerorten anzutreffenden Konzerne das Geld der Konsumenten so gründlich und vollständig wegsaugen, wie nur irgend möglich.

Der große Knall ist unausweichlich.

Die Forderungen der großen Geldvermögen auf Zinsen und Tilgung können mit nichts anderem befriedigt werden, als mit Geld, das wiederum aus Krediten bereitgestellt werden muss. Der kleine Anteil, der davon in den privaten Konsum der Superreichen fließt, ändert daran faktisch nichts.

Natürlich wissen die Eigentümer großer Forderungen, dass diese Forderungen im Grunde keinen Wert haben, dass man ihnen eine Null nach der anderen hinter die Eins auf dem Konto schreiben kann, ohne dass das an ihren Möglichkeiten, ihr Vermögen in materielle Werte umzuwandeln etwas ändert.

Sie wissen allerdings auch, dass es keine Rolle spielt, wenn man ihnen eine, zwei oder drei Nullen hinter die Eins auf dem Kontoauszug streicht, solange dies nur mit der Gießkanne geschieht und das Verhältnis von Schulden zu Vermögen und zu der am Markt verfügbaren Liquidität dadurch nicht verändert wird.

Derzeit erfreuen sie sich noch daran, dass der Wert ihrer Vermögen mit staatlich verordneten "Schuldenbremsen", "Arbeitsmarktreformenten" und rigorosen Sparprogrammen nachhaltig vor der Inflation geschützt wird.

Derzeit vertrauen sie noch darauf, dass es ihnen gelingen wird, mit dem Erpressungspotential ihrer Vermögen die Weltherrschaft des Kapitals zu errichten, weil sie glauben, darauf vertrauen zu können, dass die Regierungen sich zu ihrem Büttel machen lassen und schon dafür sorgen werden, die gequälten Völker ruhig zu halten.

Derzeit vertrauen sie noch darauf, dass sie am Ende ihres Kriegszuges den gesamten Planeten siegreich erobert und dabei alle Verfügungsrechte über Grund und Boden, Rohstoffe und geistiges Eigentum gewonnen haben werden.

Derzeit vertrauen sie noch darauf, dass sich die Weltbevölkerung einer despotischen Herrschaft des Kapitals nicht ernsthaft - und vor allem nicht nachhaltig - widersetzen wird, weil sie die Angst der Menschen um Leib und Leben höher einschätzen als den Wunsch nach Freiheit, und weil sie ihre Möglichkeiten zur Aufstandsbekämpfung als tausendfach wirkungsvoller einschätzen als die Machtmittel der Bevölkerung, die ja schließlich Kraft Gesetzes nicht mehr kann und darf, als hin und wieder ihren Unmut in genehmigten Demonstrationen zum Ausdruck zu bringen.

Doch der große Knall wird kommen, bevor es soweit gekommen ist.

Die Luft wird dünner, da oben, bei den Superreichen. Was bis vor kurzem noch ein gemeinsam betriebener Raubzug war, splittert sich allmählich auf in Einzelinteressen.

Die gemeinsame Front der Giganten kommt ins Wanken. Statt sich mühsam über arme Staaten und noch ärmere Völker herzumachen, winkt inzwischen die fetteste Beute beim reichsten Nachbarn.

Wir werden in allernächster Zukunft Börsenspektakel erleben, wie sie es nie zuvor gegeben hat.

Wir werden die Zerschlagung von prosperierenden Unternehmen sehen und den Zusammenschluss anderer Unternehmen zu gigantischen Konglomeraten aus Macht und Geld.

Wir werden Politiker sehen, die sich noch fester in den Dienst des Kapitals stellen, und wir werden Politiker sehen, die ihre ganze Hilflosigkeit eingestehen und ihr Heil im Rücktritt suchen.

Wir werden einen ganz Europa erfassenden Bürgerkrieg sehen, in dem es nicht minder hart und radikal zugehen wird, wie derzeit in Syrien. Finanziert und ausgerüstet von Mächten außerhalb Europas, deren Interesse ausschließlich darin liegt, auf diesem Wege, ohne selbst direkt in Erscheinung zu treten, die Kontrolle über Europa zu erringen.

Wir werden, mit dem Aufflackern dieses Bürgerkriegs und

ersten Versorgungsengpässen die ersten Wogen der galoppierenden Inflation verspüren - und bevor er zu Ende ist, werden wir in der Hyperinflation versinken und zum Tauschhandel zurückkehren.

Große und kleine Geldvermögen werden danach spurlos untergegangen sein, doch die Sachvermögen werden überleben - und mit einer neuen Währung unmittelbar neue Erpressungspositionen aufbauen.

Je länger wir zulassen, dass wertloses Papier mit Gewaltandrohung (durch Troika & Co.) in Sachwerte eingetauscht wird, desto schlechter wird unser aller Position in der Stunde Null nach dem großen Knall sein.

Mit der Banken- und Euro-Rettung gehen wir aber genau diesen Weg, nämlich das Ende mit Schrecken so lange hinauszuzögern, bis auch noch die letzte Privatisierung in trockenen Tüchern ist - und das möglichst ohne Veränderung des Schuldenstandes.

Große Vermögen zu retten heißt, die demokratisch nicht legitimierte Macht der Vermögenden zu erhalten und zu stärken, statt von ihnen die im Grundgesetz verankerte Verpflichtung des Eigentums einzufordern, obwohl die Macht großer Vermögen ausschließlich aus der gesamtgesellschaftlich verantwortungslosen (egoistischen) Ausnutzung von Erpressungspotentialen resultiert.

Große Vermögen zu retten ist also nichts anderes, als der Erpressung auch dann noch nachzugeben, wenn der Erpresser mit der Nichterfüllung seiner Forderung dauerhaft geschwächt und vertrieben werden könnte, oder, mit anderen Worten, die Rettung großer Vermögen ist von Komplizenschaft kaum zu unterscheiden.

Das Konstrukt Europa ist weit davon entfernt, ein Staat zu sein.

Es gibt ja noch nicht einmal ein Staatsvolk, dem sich Räte und Kommission verpflichtet fühlen müssten. Also kann die EU nicht im Auftrag der Bevölkerung handeln - und, was schwerwiegender ist, sie braucht auch im Interesse der Bevölkerung zu handeln, denn kein Bürger Europas hat ihr diesen Auftrag in einem demokratischen Willensbildungsprozess erteilt.

Die Lösung der Finanzkrise, die keine Krise ist, sondern Teil eines Feldzuges, kann also nur von den nationalen Parlamenten betrieben werden - und das, indem sie, unter Bruch so genannten "Gemeinschaftsrechts", das ja von den Angreifern auch ständig missachtet wird, Widerstand leisten und sich, in unser aller Interesse, zur Wehr setzen.

Ach, wie wünsch ich mir ein funktionierendes Parlament, dem am Wohle des deutschen Volkes mehr gelegen ist, als an den Interessen der Reichen dieser Welt. Ach, wie wünsch ich mir ein funktionierendes Parlament, das zu erkennen in der Lage ist, dass es keine Banken braucht, um Geld zu schaffen - und daraus die einzige Konsequenz zieht, nämlich die Geldversorgung, auf dem Wege über die Realwirtschaft, wieder in staatliche Hände zu legen.

Ach wie wünsch ich mir ein Parlament, das den Mut findet, nationale Interessen nicht länger hinter supranationalen Visionen, die zudem mehr und mehr wie die Seifenblasen platzen,

zurückzustellen. Ach wie wünsch ich mir ein Parlament, in dem Ideologien und Machterhalt keine Rolle spielen, in dem Männer und Frauen,

die nur ihrem Gewissen verantwortlich sind, mit Sachverstand Fantasie und Mut das beschließen, was dem deutschen Volke nützt, ohne anderen zu schaden.

Leserbrief an die Redaktion der Lübecker Nachrichten

Betrifft den Artikel vom 28.4.2016 „ Wenn das Geld rostet“.

Zu Ihrem Artikel vom 28.4.2016. „ Wenn das Geld rostet“ , wäre zu sagen, daß Silvio Gesell selbst niemals von „Schrumpfgeld“ gesprochen oder geschrieben hat. Der Begriff „Schwundgeld“ ist in der Literatur zwar wiederholt verwendet worden, trifft aber den Kern der Sache keineswegs. Gesell verwendet in seinen Schriften den Begriff „Freigeld“ . Freigeld wird im Unterschied zu anderen gesetzlichen Zahlungsmitteln bei Thesaurierung (Geld - Verschatzung oder Hortung) mit einer Gebühr belegt. Also nur, wenn das Geld nicht für Kaufen oder Verkaufen verwendet wird, muß am Ende des Jahres mit einer Gebühr gerechnet werden. Diese Gebühr wird für Bargeld oder Geld auf Girokonten erhoben, nicht jedoch für Spargelder.

Diese Maßnahme führt dazu, wie richtig vermerkt wurde, daß Freigeld (wie heute auch das Regionalgeld) eher verwendet wird, als gesetzliche Zahlungsmittel. (das „schlechtere“ Geld verdrängt das „bessere“ Geld vom Markt). Auch der Begriff Minus-Zins ist irreführend. Zinsen werden für Bankguthaben fällig, können per Definition demnach für Negativsalden nicht erhoben werden. Richtig in diesem Zusammenhang wäre der Begriff Gebühr, wie bereits oben erwähnt. Diese Gebühr führt eben nicht zu einer Verringerung oder Verschwinden von Geld, wenn es dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung steht oder gespart wird und damit von Banken für zinsfreie Kreditvergabe eingesetzt werden kann.

Völlig einspurig ist in dem Artikel die Darstellung, daß lediglich diese eine Maßnahme der Gebührenerhebung (irrtümlich Negativ-Zinsfestsetzung genannt) bereits alleine die damals 1919, wie heute, notwendige von Gesell geforderte Geld- und Wirtschaftsreform ausmacht. Diese besteht aus drei zusammengehörenden Maßnahmen:

1. Zinsen sollen sich freibleibend ohne dirigistische Festlegung – wie heute durch die EZB – auf dem Markt bis zu Null entwickeln.

2. Für gehortete Gelder wird eine Umlaufsicherungsgebühr erhoben. Die Gebühr wird langsam steigend von Halbjahr zu Halbjahr von 0,5 % bis etwa 5 % im Voraus festgelegt, so daß für Banken und Wirtschaft Planungssicherheit besteht.

3. Zinsfreie Vergabe von Krediten für Wirtschaft und Kommunen. Angst vor überbordender Wirtschaft kann nicht aufkommen, da Kredite natürlich zurückgezahlt werden müssen und natürlich nicht ohne Sicherheit vergeben werden (wie ja heute auch).

4. Diese drei Vorschläge von Gesell in seinem epochalen Werk „ Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ dargestellt, würden dazu

führen, daß Wettbewerb sich in seiner von der Natur gewollten Form unter gänzlicher Ausschaltung von Vorrechten abspielen würde.

In der Natürlichen Wirtschaftsordnung, die auf dem Eigennutz – nicht zu verwechseln mit Selbstsucht – aufgebaut wäre, würde jedem Wirtschaftsteilnehmer der volle Arbeitsertrag zukommen und ihm damit nach freiem Ermessen die Befriedigung seiner persönlichen Bedürfnisse ermöglichen. Geld stünde jeder Art von Arbeit zinsfrei zur Verfügung und nicht nur dort, wo mit hohen Renditen gerechnet werden kann. Da Arbeit überall dort, wo Menschen leben, in Hülle und Fülle zu erledigen wäre, gäbe es keine Arbeitslosigkeit. Die endlose Diskussion um den Mindestlohn wäre vom Tisch. Über Lohn für geleistete Arbeit könnte zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf Augenhöhe verhandelt werden. So gesehen, wären die Reformen Silvio Gesells der Wegbereiter zu einer anständigen menschlichen Gemeinschaft.

Ob die Europäische Zentralbank diesen bereits vor 100 Jahren aufgezeigten Weg einschlagen wird, hängt allerdings davon ab, ob wirklich die Notwendigkeit erkannt wird, den bisher als alternativlos angesehenen Weg der ständigen Geldvermehrung, als nicht zukunftsweisend, ja als völlig falsch, zu verlassen.

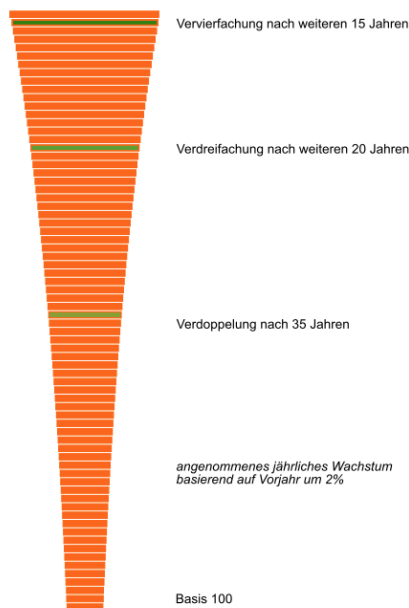
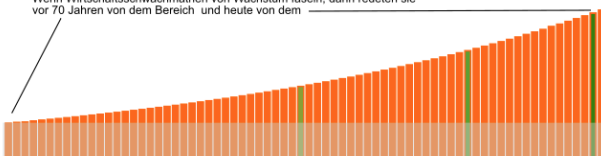
Dr. Frank Schepke, Löptin

*

Aus dem Archiv

Dieser Schwachsinn wird an Hochschulen vermittelt

Wenn Wirtschaftsschwachmatten von Wachstum fasziniert sind, dann redeten sie vor 70 Jahren von dem Bereich und heute von dem



R2 13.4.16

IWF warnt vor Wachstumskrise

Konjunktur Zu viele politische Unsicherheiten

Washington. Trübe Aussichten für die Weltwirtschaft: Einer neuen Prognose des internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge wird die globale Wirtschaftsleistung in diesem Jahr nur um 3,2 Prozent und im kommenden Jahr nur um 3,5 Prozent wachsen. Angesichts dieser erwarteten weltweiten Wachstumskrise hat der IWF die Regierungen rund um den Globus zum Handeln aufgerufen. „Die zurückhaltenden Aussichten erfordern sofortiges, proaktives Handeln“, sagte IWF-Chefökonom Maurice Obstfeld. Die Regierungen müssten die Risiken, denen sie gemeinsam gegenüberstehen, erkennen. Keinesfalls dürften sich Tendenzen zur Abschottung der Märkte ausbreiten.



IWF-Chefökonom Maurice Obstfeld mahnt die Regierungen auf der Welt zum Handeln. Foto: dpa

Politische Unsicherheiten zählen zu den größten Risiken, denen sich die Weltwirtschaft gegenübersteht. Dazu gehören nicht nur militärische Konflikte. Auch das Juni-Referendum über einen möglichen EU-Austritt Großbritanniens erhöht laut Frühjahrsprognose des IWF bereits jetzt die Anspannung. „Ein Brexit kann zu erheblichen regionalen und weltweiten Schäden führen, indem er traditionelle Handelsbeziehungen unterbricht“, sagte Obstfeld. Die politische Diskussion – auch im US-Wahlkampf – richte sich zunehmend nach innen und drohe in Protektionismus zu münden.

Im Januar hatte der IWF noch ein weltweites Wachstum von 3,4 Prozent für 2016 und von 3,6 Prozent für 2017 vorhergesagt. Gründe für das nun abgeschwächte Plus sind Probleme in Schwellen- und Entwicklungsländern sowie politische Unsicherheiten.

Für die Euro-Zone wie auch für Deutschland sagt der IWF für das laufende Jahr ein Wachstum von 1,5 Prozent voraus – in Europa gebremst von weiterhin hoher Arbeitslosigkeit und geringer Investitionslust. In den USA, der größten Volkswirtschaft der Welt, wird ein Wachstum von 2,4 Prozent prognostiziert. China, Russland, Brasilien – die einstigen Hoffnungsträger und Wachstumstreiber sind inzwischen zu Problemländern für die Weltwirtschaft geworden.

